

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/72

Bonn, den 14. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Ihr Wort gilt viel</u> Willy Brandt und Fritz Erler in Washington Von Günter Markscheffel, z.Z. Washington	95
2 - 3	CDU und CSU haben die Gesellschaftspolitik entdeckt ... "Das Gemeinschaftswerk der klassenlos formierten neuen Wirklichkeits-Gesellschaft in Vollendung" Von Waldemar von Knoeringen, Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft	85
4	<u>Schandfleck unserer Sozialversicherung</u> Erschreckende Höhe der Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik	49
5	<u>Frauen in der "DDR"</u>	42
6	<u>Besseres Verhältnis zu Südosteuropa</u> Von Dr. Alfred Graef	50

Ihr Wort gilt viel

Willy Brandt und Fritz Erler in Washington

Von Günter Markscheffel, z.Z. Washington

Es ist mehr als verständlich, daß die amerikanische Öffentlichkeit nach den jüngsten Ereignissen in und um Berlin die Anwesenheit des "Regierenden" und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in den USA, seine Gespräche mit führenden Politikern, an der Spitze Präsident Johnson, zunächst mit den Schikanen der Zonenmachthaber in Verbindung bringt. Deshalb sind auch die Fragen der amerikanischen Journalisten bei der Ankunft Brandts und Erlers in New York und Washington auf diesen Punkt gezielt.

Die Spannung löst sich sofort, wenn Brandt, ruhig und bestimmt wie immer, erklärt, seine Reise sei schon seit langem geplant und er hätte Deutschland gewiß nicht verlassen, wenn er das Gefühl gehabt hätte, daß gerade jetzt eine Gefahr drohe. Natürlich schwingt in Gesprächen mit amerikanischen Politikern und Journalisten die Frage mit, was geschehen könne oder müsse, um ähnlichen oder noch schlimmeren Schikanen wie denen in der vergangenen Woche rechtzeitig und wirkungsvoll zu begegnen. Willy Brandt beantwortet alle diese Fragen mit Takt und Umsicht. Er gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß in der Abstimmung von Gegenmaßnahmen die Alliierten in der vergangenen Woche schnell einig waren und feste Vorstellungen für die Abwehr zukünftiger Schikanen bereit hatten. Natürlich kann Brandt nicht für die Bundesregierung sprechen, aber die amerikanische Öffentlichkeit weiß: Brandt ist nicht allein der Regierende Bürgermeister von Berlin, er ist auch der Vorsitzende der SPD und deren Kanzlerkandidat.

Auch der zukünftige sozialdemokratische Außenminister Fritz Erler genießt das gleiche Vertrauen. Beide werden in den großen US-Zeitungen als die kommenden Männer Deutschlands vorgestellt. Deshalb gilt hier ihr Wort. Es ist gewichtig und wird mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Hierbei spielen nicht nur Brandts Titel eine Rolle. Viel bedeutsamer ist Brandts Haltung in den großen Berlinkrisen nach dem Ultimatum im November 1958 und nach dem Bau der Ulbricht-Mauer im August 1961. Brandt und seine Politik - auch oder gerade die Politik der kleinen Schritte - sind für den mächtigsten Verbündeten der Bundesrepublik eine Art Markenzeichen der Zuverlässigkeit und des gegenseitigen Vertrauens. Sicher spielen dabei auch Brandts und Erlers einwandfreie politische Vergangenheit eine Rolle, die in den Staaten ein bemerkenswertes Gewicht hat und für das ganze deutsche Volk als "Wert an sich" in Rechnung gestellt wird.

Entscheidend für die Bereitschaft der Amerikaner, Brandts Situations-Analysen und Vorschlägen ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit zu schenken, ist jedoch die Tatsache, daß der "Regierende" in freien Wahlen mit überwältigender Mehrheit von der Bevölkerung Berlins an die Spitze der deutschen Hauptstadt gestellt wurde und sich dort bewährt hat. Im Getriebe des amerikanischen Alltags ist aber die Frage sofort spürbar: Wie soll es mit Berlin und Deutschland weitergehen?

Und dazu: Wir Amerikaner garantieren die Sicherheit Berlins und der Bundesrepublik, welche Vorstellungen habt ihr Deutschen, um zwanzig Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges zu einer Friedensregelung in gesicherter Freiheit für das ganze deutsche Volk zu gelangen?

Es muß offen ausgesprochen werden, und dürfte wohl auch in den Unterhaltungen mit Präsident Johnson, seinen wichtigsten Beratern auf der einen und Willy Brandt sowie Fritz Erler auf der anderen Seite angeklungen sein: Die Antworten, die bisher von der Bundesregierung auf diese Frage gegeben wurden, treffen - außer dem grundsätzlichen Bekenntnis zur atlantischen Partnerschaft - kaum noch den Kern des Deutschland-Problems im Jahre 1965. Es ist sicher, daß man in den USA bei Überlegungen zur Lösung des Deutschland-Problems heute den Gesamtkomplex der europäischen Entwicklung mit einbezieht und darüber hinaus selbstverständlich den Rahmen der atlantischen Partnerschaft als festen Bestandteil einer neuen Deutschland-Initiative mit Substanz betrachtet.

Die Anregung zur Bildung einer internationalen Zugangsbehörde für Berlin ist schon oft ventiliert worden. Sollte dieser Vorschlag verwirklicht werden können, so argumentiert man in Washington, würde er einen Teilaspekt des Berlin- und Deutschland-Problems berühren. Eine solche Zugangsbehörde wäre eine zusätzliche Sicherungsmaßnahme gegen mögliche Schikanen im Berlin-Verkehr, zu denen die Zonenmacht-haber Moskau veranlassen könnten. Wichtiger ist und bleibt jedoch die Frage, ob und unter welchen Umständen der Gesamtkomplex Deutschland wieder zum Thema internationaler Verhandlungen werden kann. Hier steht die Sicherheit in Europa im Vordergrund, verbunden mit den Bemühungen um Rüstungsbegrenzungen und schließlich die Friedensregelung für Deutschland. Eine "neue" Deutschland-Initiative, die lediglich eine Wiederholung bekannter Grundsatzverkündungen sein würde, hätte bestimmt - das ist die vorherrschende Meinung in den USA - ihre Bedeutung als Bekräftigung vertraglicher Garantien, würde aber in Moskau kaum etwas in Bewegung bringen können.

Weder Willy Brandt noch Fritz Erler sind Dogmatiker. Ihre amerikanischen Gesprächspartner sind es auch nicht. Aber keiner von ihnen will und kann die Grundsätze aufgeben, auf denen die Politik der atlantischen Partnerschaft basiert. Deshalb dienen die Gespräche der beiden deutschen Politiker in Washington und New York vor allem der Erkundung dessen, was nützlich und erfolgversprechend in bezug auf das Problem Nummer eins der deutschen Politik - der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit - sein könnte. Darüber hinaus übernehmen Brandt und Erler die Aufgabe, in den USA darzulegen, wie eine von der SPD geführte Bundesregierung alle diese Probleme sieht und ihrer Lösung näherzubringen gedenkt.

Der politische Kredit beider deutscher Politiker ist in der USA groß. Sie werden nach ihrem Erfahrungsaustausch mit der Elite der US-Politik in Deutschland gewichtige Entscheidungen anzubahnen haben.

CDU und CSU haben die Gesellschaftspolitik entdeckt ...

**"Das Gemeinschaftswerk der klassenlos formierten neuen  
Wirklichkeits-Gesellschaft in Vollendung"**

Von Waldemar von Knoeringen,  
Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Die Sozialdemokratie könnte, wenn sie wollte, in diesen Wochen einen großen Sieg feiern, scheint es ihr doch in jahrelanger Arbeit endlich gelungen, die "christlichen" Parteien von der Notwendigkeit einer neuen, besseren Gesellschaftspolitik zu überzeugen. Lange waren CDU und CSU wie taub, wenn die SPD in Sorge um das Wohl unserer Gesellschaft ihre Pläne zur Meisterung der Zukunft vorlegte. Wenn überhaupt eine Reaktion erfolgte, so war sie von konservativer Borniertheit und höhnischer Besserwisserei.

Und nun? Keine CDU/CSU-Veranstaltung vergeht mehr, ohne daß sich die Spitzen dieser Parteien in Beteuerungen ihrer gesellschaftspolitischen Fortschrittlichkeit überbieten. Ein wahres Rennen zu neuen Ufern hat eingesetzt. Der Bundeskanzler verkündet die "Formierte Gesellschaft" und "Das Gemeinschaftswerk", wobei es zunächst noch sein Geheimnis bleibt, welche Formierung welcher Gemeinschaft er im Auge hat. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Barzol beschwört die "Neue Wirklichkeit" so, als sei diese Wirklichkeit urplötzlich aus dem Dunkel der Nacht emporgetaucht. Der CSU-Vorsitzende Strauß gar hat sich die "Klassenlose Gesellschaft in Vollendung" zum neuen Leitbild erkoren, denn er ist konsequent.

Der Alptraum der Unionsparteien

Was ist nun wirklich geschehen? Plötzliche Wandlungen sind nie besonders überzeugend. Solange den neuen Erkenntnissen nicht die neuen Taten folgen, bleibt der Verdacht, es könne sich zunächst einmal um eine neue Taktik handeln. Denn eines zeichnet sich seit vielen Monaten ab: Die Bevölkerung begreift besser als bislang die CDU, was gemeint ist, wenn die Sozialdemokraten von "Gemeinschaftsaufgaben" sprechen. Sie spürt, daß sich die SPD in ganz konkreten Fragen für sie einsetzt, daß aber die Regierung Erhard die Gemeinschaftsaufgaben sträflich vernachlässigt. Das wird sich bei den Wahlen auswirken. Sicher ist das der Alptraum der Regierungsparteien.

Ist das hektische Projektieren der CDU/CSU also eine "Flucht nach vorn"? Ein Versuch, dem Volk vorzuspiegeln, sie sei ebenso oder noch besser in der Lage, die Bundesrepublik auf den Weg des gesellschaftlichen Fortschritts zu führen? Eine verzweifelte Anstrengung in letzter Stunde, die Versäumnisse und die Sünden der Vergangenheit zu überbügeln?

Wir müssen fragen:

- \* Bemüht sich die CDU in ihrer neuerwachten Gesellschaftskritik um
- \* bessere Einsicht - wozu Selbstkritik gehören würde -, oder will sie
- \* nur die weit vorausgeeilte Sozialdemokratie "abfangen"?

Eine aufschlußreiche Antwort gab der Unionspolitiker Strauß in einem Artikel, den er zum Auftakt der kürzlichen Landesversammlung der CSU in seinem "Bayern-Kurier" abdrucken ließ.

Mit großem Aufwand macht er darin den krampfhaften Versuch, trotz der CDU/CSU-Verantwortung für die gesellschaftspolitischen Versäumnisse in der Vergangenheit eine Alleinverantwortung dieser Partei auch für die gesellschaftspolitische Gestaltung der Zukunft zu begründen. Was er zu bieten hat, ist leider nicht Einsicht, sondern nur Selbstgerechtigkeit. Er erhebt die Forderung von Karl Marx, die "klassenlose Gesellschaft". Nicht weniger als achtmal weist er seiner Partei die Aufgabe zu, die Gesellschaft zu "vollenden", ohne zu bemerken, welche gefährlicher Utopie er damit huldigt. Bisher waren die theoretischen "Vollender der Gesellschaft" stets am Ende die Vollendeten Diktatoren. Weiß Franz Josef Strauß wirklich nicht, daß er damit den ideologischen Raum des Kommunismus betritt? Und weiß er, daß er damit in diametralem Gegensatz zur christlichen Gesellschaftslehre steht, die eine vollendete Gesellschaft auf Erden nicht kennt? Doch Strauß ist ein Mann des Widerspruchs. Vergeblich sucht man nach Logik.

#### Fundamentale Widersprüche

Nachdem er überschwänglich den von der CDU/CSU geschaffenen Zustand unserer Gesellschaft gepriesen hat, spricht er unvermittelt vom "ultimativen Gebot des Durchbruchs in die neue Ära der Wissenschaft und der Technik", vom "Verlangen nach sozialen Korrekturen" und nach "moralischen Orientierungen". Die so naheliegende Frage, warum nach 16 Jahren Unionsregierung solche Korrekturen zu fordern sind, wird ganz einfach übergangen.

"Durchbruch in die neue Ära", hat das nun auch die Union begriffen? "Soziale Korrekturen", was bedeutet diese Forderung, wenn nach Strauß alles in bester Ordnung ist? "Moralische Orientierung", wird damit eingestanden, daß die deutsche Politik dieser Orientierung ermangelte?

Es ist zu billig, wenn diese fundamentalen Widersprüche mit dem Satz überbrückt werden sollen: "Die Leistung braucht eine organische Fortsetzung."

Nach diesen taktischen Manövern eines führenden Politikers müssen wir aus gutem Grunde bezweifeln, daß die Union, selbst wenn sie wollte, in der Lage wäre, nach Jahren der Verneinung und des Verharrens nun die Kraft aufzubringen, das gesellschaftspolitische Steuer energisch herumzureißen und in kurzer Zeit nachzuholen, was seit 1949 versäumt wurde. Diese Aufgabe wächst der Sozialdemokratie zu.

Aber wie auch immer: Worte sollen auch in der Politik verbindlich sein. Wir werden heute und in Zukunft die Union beim Worte nehmen, egal, aus welchem tieferen Grund sie im Wahljahr 1965 plötzlich die Bedeutung der Gesellschaftspolitik entdeckt hat. Daß man auch in der Opposition die Entwicklung entscheidend vorantreiben kann, hat schließlich die SPD bewiesen. Wir hoffen, daß es uns die CDU darin gleichtut.

## Schandfleck unserer Sozialversicherung

### Erschreckende Höhe der Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik

sp - die Zahlen der Weltgesundheits-Organisation über die Säuglingssterblichkeit liegen unbestritten fest: Von 10 000 Neugeborenen sterben vor Ablauf des ersten Lebensjahres in Schweden 153 Kinder, aber in der Bundesrepublik 270. Die Bundesrepublik liegt am Ende der Berechnungsschlange von 13 Kulturstaaten. Es ist an der Zeit, die Ursachen für die katastrophale Säuglingssterblichkeit in Westdeutschland zu untersuchen, das ja inzwischen zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt geworden ist. Es darf nicht weiterhin möglich sein, daß bei uns in jeder Woche 565 Babys im ersten Lebensjahr sterben, eben weil wir noch immer nicht imstande sind, mit den Methoden der modernen Medizin und Sozialpolitik dagegen anzugehen.

Nach einer Feststellung der Landesregierung in Düsseldorf könnten mindestens in jedem Jahr 10 000 Säuglinge am Leben gehalten werden. Sie müssen aber sterben, weil sich bei uns noch keine modernen Entbindungsmethoden durchgesetzt haben und weil nach einem Wort des Göttinger Gynäkologen Professor Kirchhoff die Arbeit der werdenden Mutter ein Schandfleck unserer Sozialversicherung ist. Der Mutterpaß wäre bei uns vonnöten, aber er setzt sich nur zu langsam durch. Dabei wissen wir, daß die Säuglingssterblichkeit in Oberhausen seit Einführung dieses Passes von 4,3 auf 2,7 Prozent gesenkt werden konnte.

Vor diesem traurigen Hintergrund lohnt der Blick nach Schweden. In Schweden stehen für gynäkologische Zwecke für eine Million Einwohner 751 Krankenhausbetten zur Verfügung. In der Bundesrepublik sind es demgegenüber nur 165. Die Säuglingssterblichkeit war in Schweden nicht immer so gering. Seitdem es dort aber die Kinder-, Mütter- und Jugendpflegezentralen gibt, konnte sie schnell und nachhaltig reduziert werden. Selbstverständlich ist das Aufsuchen des engen schwedischen Netzes dieser Zentralen kostenlos. Medikamente und ärztliche Behandlung sowie Betreuung durch die Hebamme werden weitgehend vom Staat getragen.

Die Zuschüsse für die werdende Mutter sind hoch und bringen sie nicht in die Zwangslage, bis nahe an ihre Niederkunft heran arbeiten zu müssen. In Schweden sind praktisch alle Mütter krankenversichert. Bei der Niederkunft gibt es einen Grundbetrag von 270 Kronen und, wenn es sich um eine Mehrgeburt handelt, von 405 Kronen. Die berufstätige Mutter mit einem Einkommen bis jährlich 1 800 Kronen bekommt während einer Zeit bis zu 180 Tagen täglich bis zu 17 Kronen hinzu. Daneben gibt es eine Barhilfe für die Ausstattung von Mutter und Kind und dann, wenn sie eine Haushaltshilfe nehmen muß oder ins Heim geht. Die Beträge liegen hier zwischen 600 und 800 Kronen.

Es ist in Schweden gang und gäbe, daß die medizinisch ausgebildete und hochbezahlte Bezirks-Hebamme die kostenlose Pflege der Mutter vor und nach der Geburt übernimmt. Der Mutterpaß ist selbstverständlich. In den Entbindungsanstalten kostet das Entbinden nichts und der Staat zahlt Reiseentschädigungen, wenn man weit von dem Heim entfernt wohnt. Die Beratungsstellen für Fragen der Schwangerschafts-Unterbrechung arbeiten kostenlos. Werdende Mütter und Mütter nach der Niederkunft werden regelmäßig, ebenso wie der Säugling, kostenlos untersucht und behandelt. Schließlich sorgt der Staat dafür, daß die junge Mutter nach der Niederkunft Mütter-Gymnastik erhält.

### Frauen in der "DDR"

W.R. - Nach der letzten Volkszählung sind von 17.011 Millionen Einwohnern der "DDR" 9260 Millionen Frauen und Mädchen. - Mehr als 70 Prozent aller Frauen und Mädchen sind berufstätig, etwa 40 Prozent aller in der Industrie beschäftigten Personen sind Frauen und Mädchen. 1963 hatten es "nur" 704 Frauen zu leitenden Stellungen in den zentralgeleiteten volkseigenen Betrieben gebracht (1960 = 478). 26 Frauen sind als technische Direktoren und 23 als Werkdirektoren tätig. 7,3 Prozent der in den VE-Betrieben (ohne Privatbetriebe) beschäftigten Techniker und Ingenieure sind Frauen. Von 2 000 Wissenschaftlern, die in zentralen Arbeitskreisen usw. durch den Forschungsrat der "DDR" berufen worden sind, befinden sich 21 Frauen.

Von 34.503 weiblichen Hochschulabsolventen waren beschäftigt:

- 3,6 Prozent in der sozialen Industrie,
- 0,3 Prozent im Verkehrswesen,
- 1,7 Prozent im Handel,
- 0,2 Prozent in der sozialen Bauwirtschaft,
- 0,1 Prozent im Post- und Fernmeldewesen,
- 1,5 Prozent in der Land-, Forst-, Wasserwirtschaft.

Ausserhalb der Produktion waren 92,6 Prozent der Absolventinnen als Lehrer, Ärzte, Bibliothekare usw. eingesetzt. Ähnliche Zahlenverhältnisse bestehen bei Fachschulabsolventinnen. In Verwaltungs- und Büroberufen waren 1965 99,4 Prozent aller Lehrlinge Mädchen. An Universitäten und Hochschulen studierten 1963 115.673 Studenten, davon waren 29.959 Frauen und Mädchen. Der Anteil der Frauen an den technischen Fachrichtungen an den Universitäten betrug 1963 = 3,9 Prozent, im Jahre 1964 = 7,7 Prozent.

### Frauen in der Sowjetunion

Anfang 1965 lebten in der SU 124,6 Millionen Frauen. Das sind 54,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. 49 Prozent aller Arbeiter und Angestellten sind Frauen. Weibliche Fachkräfte mit Hoch- und Mittelschulbildung, die in der Volkswirtschaft beschäftigt sind, gibt es 6,37 Millionen. Das sind 58 Prozent aller Fachkräfte. 2,34 Millionen dieser Fachkräfte besitzen eine Hochschulbildung; also 52 Prozent aller Fachkräfte mit Hochschulbildung. 1964 gab es 219.070 wissenschaftlich tätige Frauen. Das sind 36 Prozent aller wissenschaftlich Tätigen. Davon besitzen 42.904 einen wissenschaftlichen Grad, darunter 971 den eines Mitglieds oder eines korrespondierenden Mitglieds der Akademie (Professorin). - Von den Studierenden der Hochschulen sind 43 Prozent Frauen und Mädchen.

Ende 1963 waren 6 Prozent der Betriebsleiter und 16 Prozent der Chefingenieure Frauen. Im Jahre 1964 gab es 390.000 Ärztinnen, das sind 75 Prozent aller Ärzte.

+ + +

## Besseres Verhältnis zu Südosteuropa

Von Dr. Alfred Graef

Die politischen Wandlungen, die sich zur Zeit in den kommunistischen Ländern Südosteuropas vollziehen, verdienen auch deutscherseits gebührende Aufmerksamkeit. Der Weg, den die Länder beschreiten wollen, führt eindeutig weg vom sowjetischen Bolschewismus und hin zu einem gemäßigteren Kommunismus.

Zwei wesentliche Gründe sind es, die diese Wandlungen zwangsläufig herbeigeführt haben:

- \* Einmal die Ablehnung dieser Länder einer starren politischen Dogmatik sowjetischer Prägung, die nicht der Wesensart der freiheitlich denkenden Völker dieses Raumes entspricht.
- \* Zum anderen der besonders stark ausgeprägte Wille dieser Nationen zur staatlichen Eigenständigkeit.

Aus diesen Grundeinstellungen heraus war die ungarische Revolution von 1956 möglich, und aus ihnen heraus erklärt sich auch das jetzige Bestreben Rumäniens, selbst als kommunistisches Land die Bevormundung der Sowjets abzuschütteln und volle politische Freiheit und damit absolute staatliche Souveränität zu erlangen.

Mit diesem Bestreben ist gleichzeitig das konsequente Bemühen der südosteuropäischen Länder verbunden, ein neues, besseres Verhältnis zu Westeuropa zu finden. Solches Bemühen wird ausgelöst durch den Willen dieser Völker nach Verständigung mit jenen Nationen des Westens, die in der Vergangenheit mit dazu beigetragen haben, das geistige und kulturelle Gesicht Südosteuropas zu prägen.

Diese deutlichen Wandlungen in den kommunistischen Ländern Südosteuropas, deren weitaus größter Teil der Bevölkerung mit den sowjetischen Ideologien nichts, aber auch gar nichts gemein haben, verpflichten den Westen und gerade auch uns Deutsche, sich um bessere Beziehungen zu den Völkern dieses Raumes zu bemühen.

Dies kann unter anderem durch Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen geschehen, indem wir den Ländern helfen, ihre erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, etwa ihre Infrastruktur zu verbessern oder die Industrie beschleunigt auszubauen. Noch wichtiger aber erscheint, die geistigen, kulturellen, sozialpolitischen und sportlichen Beziehungen zu intensivieren, vor allem aber den jungen Menschen dieser Länder die Möglichkeit zu verschaffen, in der Bundesrepublik zu studieren und sich in den verschiedenen beruflichen Sparten auszubilden.

Auf alle Fälle gilt es, das Versäumte der früheren ODU/OSU-Regierungen in bezug auf die Politik gegenüber den südosteuropäischen Ländern nachzuholen und den Völkern dieser Länder die Hand der Freundschaft zu reichen. Dies um so mehr, als diese Völker ihrerseits uns diese Hand ja längst entgegengestreckt haben; wie dies alle jene bestätigen können, die in den letzten Jahren als Touristen oder als Kaufleute und Ingenieure in den südosteuropäischen Ländern weilten. Wer hat eigentlich nicht die verständliche Haltung zum Beispiel des jugoslawischen Volkes gegenüber den deutschen Touristen empfunden, die nicht nur wegen ihren kostbaren Devisen allseits freundlich aufgenommen werden. - An diesem sich verstärkenden Strom der Sympathien uns gegenüber, aber auch gegenüber den anderen westeuropäischen Nationen, können die Regierungen der kommunistischen Länder Südosteuropas heute nicht mehr vorbeisehen, und wir sollten dies erst recht nicht tun.